

(A) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**
Das Wort hat der Kollege Klaus Breil von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Klaus Breil (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute debattieren wir über die Einführung einer Brennelementesteuer. Darüber scheinen wir uns fast alle einig zu sein, doch die Gemeinsamkeiten verlieren sich leider im Detail. Sie nutzen nämlich diese Kostenerhebung als Generalangriff auf die Kernkraftindustrie. So sollen die Kernkraftbetreiber zum Beispiel die Entsorgung aller kerntechnischen **Forschungsanlagen** des Bundes gleich mitbezahlen.

Wir hingegen schaffen einen angemessenen Ausgleich für die Kosten der **Asse**. Wir garantieren die Gleichbehandlung von Kohle und Kernkraft beim **Emissionshandel**. Für uns stehen zwei Ziele im Vordergrund: die Sanierung des Haushaltes und die regenerative Erneuerung unseres Energiewesens. Sie sehen also, dass wir in der Wirtschafts- und Umweltpolitik an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Gemeinsam in die falsche Richtung!)

(B) Sie aber operieren mit Zahlen und Forderungen, die aus der Luft gegriffen sind. Sie gaukeln uns etwas vor, was es nicht gibt. Sie führen die Bürger hinters Licht. Ihren Behauptungen nach wurden Kernkraftwerke vom Staat mit **Finanzhilfen und Steuervergünstigungen** von insgesamt 125 Milliarden Euro finanziert, eine Mär, die unters Volk zu bringen Sie nicht müde werden.

(Beifall des Abg. Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU])

Für Sie scheint die Kernenergieindustrie so etwas wie ein großer Geldspeicher zu sein – wissen Sie, so einer wie bei Dagobert Duck –, und Sie sind die Panzerknacker:

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Man muss das Ding nur anbohren, und schon sprudelt unablässig das Geld. So funktioniert das aber nicht.

(Beifall bei der FDP)

Die Betreiber von Kernkraftwerken erhielten keinerlei **Steuersubventionen**. Das wurde auch zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung immer wieder bestätigt.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wie bitte? – Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Das ist Quatsch!)

Lediglich im Bereich der Entwicklung und Forschung wurden staatliche Mittel eingesetzt. Der Rückbau stillgelegter Kernkraftwerke und die Entsorgung der Abfälle werden durch die Betreiber finanziert. Die Mittel dafür sind durch **Rückstellungen der Energieversorger**

(Ulrich Kelber [SPD]: Steuerfreie Rückstellungen!)

(C)

von annähernd 30 Milliarden Euro angesammelt worden.

Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, **Gewinne aus einer Laufzeitverlängerung** nutzbringend einzusetzen. Dies erfolgt nicht willkürlich, sondern wettbewerbskonform. Wie das konkret aussehen wird, ergibt sich aus unserem Energiekonzept. Bei uns herrscht schließlich das Ordnungsprinzip: erst der Rahmen, dann die Details.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie haben sich auf die Laufzeitverlängerung festgelegt!)

Nach der Sommerpause im September wird die Bundesregierung dieses Konzept vorlegen. Es wird sich auf nüchterne Analysen gründen, nicht auf Hoffnungen oder Wunschdenken. Es wird die Kernenergie in den künftigen Energiemix einbeziehen, und zwar so weit, wie es sinnvoll ist.

Die Fakten hierzu kennen wir alle: Immer noch stellt die Kernenergie 23 Prozent der Stromproduktion

(Ulrich Kelber [SPD]: 21 Prozent!)

und nahezu 50 Prozent des Grundlastanteils. So kann die Leistung der Kernenergieanlagen fast bis zur Hälfte flexibel gefahren werden. Produktionsschwankungen der Wind- und Sonnenenergie können durch sie aufgefangen werden. Und sie verursacht kein CO₂. Die Zuverlässigkeit, mit der Strom produziert wird, liegt bei Anlagen der Kernenergie über 95 Prozent, bei Windenergie bei 5 bis 10 Prozent und bei Solaranlagen bei 1 Prozent. Dabei sind erneuerbare Energien ohnehin äußerst schwankende Energiequellen.

(D)

Wir werden die Betreiber der Kernkraftwerke in eine angemessene gesellschaftliche Verantwortung nehmen: mit Maß und Vernunft, nicht mehr und nicht weniger.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Ulrich Kelber von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Monaten muss Deutschland einen schwarz-gelben Überbietungswettbewerb von Ergebnisadressen und Gewinnversprechen an die Atomwirtschaft ertragen. Wenn es dann einmal einen lichten Moment wie die Kabinettsklausur gibt, in der man sich auf die Einführung einer Brennelementesteuer verständigt, gibt es sofort die Blutgrätsche des Herrn Kauder, Fraktionsvorsitzender der CDU, der direkt sagt: Wir führen die Brennelementesteuer mit Einnahmen von 2,3 Milliarden Euro nur dann ein, wenn wir vorher politisch festgelegt haben, den Betreibern von Kernkraftanlagen 6 bis 8 Milliarden Euro

Ulrich Kelber

- (A) pro Jahr durch eine **Laufzeitverlängerung** zu schenken. Das ist dann die Reaktion auf den ersten lichten Moment.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt geht es darum, den Spieß umzudrehen. Die SPD will die Atomlobby für die enormen Kosten der **Altlasten** zur Kasse bitten, und zwar nicht nur für Asse und Morsleben, Jülich und Karlsruhe, sondern auch für die leistungslosen Zusatzgewinne aus dem Emissionshandel. Es wurde nie zugesagt, dass diese Gewinne behalten werden können. Wir wollen das nicht mit einer Debatte über Laufzeitverlängerungen verbinden, sondern wir sind der Überzeugung, dass es jetzt nach diesem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien längst um die Frage einer **Laufzeitverkürzung** geht.

Wer in der politischen Diskussion die Brennelementesteuer mit einer Laufzeitverlängerung verbindet, der betreibt den Ausverkauf von **Sicherheit** in diesem Lande,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Ernst Hinsken [CDU/CSU]:
Ach Gott!)

und wer das mit der Zusage verbindet, dass 6 bis 8 Milliarden Euro an Zusatzgewinnen pro Jahr anfallen, der macht Geschenke an die bestverdienenden Unternehmen unseres Landes und verzerrt den **Wettbewerb** am Strommarkt.

- (B) Die Kollegin Höhn hat den derzeitigen Präsidenten des Bundeskartellamts zitiert. Sein Vorgänger hat, wenige Wochen bevor er Staatssekretär dieser Regierung geworden ist, das Gleiche gesagt, und dessen Vorgänger hat in einem Gutachten für die Stadtwerke ebenfalls das Gleiche gesagt.

Worum geht es?

Erstens. Die Zusatzgewinne. Der **Emissionshandel** – erst ab 2012 gibt es eine volle Versteigerung, Herr Steffel – war vor zehn Jahren, zu dem Zeitpunkt, an dem der Atomkompromiss geschlossen wurde, noch nicht aktuell. Daraus sind Zusatzgewinne entstanden, die der Atomwirtschaft nie zugestanden haben; es wurde auch nie versprochen, dass sie sie behalten darf. Im Atomkompromiss – Sie hätten richtig zitieren sollen, Herr Dr. Nüßlein – steht nämlich nur etwas davon, dass es keine Zusatzbelastungen geben darf, und nichts vom Behalten von Zusatzgewinnen. Dieses Geld gehört nicht den Aktionären von Eon oder RWE; es gehört der Gesellschaft. So war der Emissionshandel von vornherein angelegt. Wir wollen dieses Geld abschöpfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zweitens, die **Altlasten** von 10 Milliarden Euro für Asse, Morsleben, Karlsruhe und Jülich. In Jülich liegen aus der Zeit, in der die Atomwirtschaft aktiv war, Altlasten, von denen wir noch nicht wissen, wie wir sie technisch anfassen sollen.

Dieses Geld soll nicht die nächste Generation zahlen, sondern dieses Geld sollen im Sinne der Nachhaltigkeit diejenigen zahlen, die davon profitiert haben. Auch das

muss deswegen aus einer Brennelementesteuer bezahlt werden, die nicht an die Bedingung einer Laufzeitverlängerung geknüpft sein darf, weil das bereits entstandener Atom Müll ist. Alles andere wäre eine Subvention der bestverdienenden Unternehmen dieses Landes. (C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN)

Ich habe mitbekommen, dass die Kanzlerin den Finanzminister angewiesen hat, eine Alternative zur Brennelementesteuer zu prüfen, nämlich einen **Fonds**, den die Energiewirtschaft vorgeschlagen hat. Man muss sich das so vorstellen: Die Unternehmen nehmen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau einen Kredit auf. Das ganze Geld, das man ihnen nehmen will – ein Viertel ihrer Zusatzgewinne –, wird mit einem Mal an die Bundesregierung übergeben. Dieser Kredit wird aber nur so lange abbezahlt, wie der Deutsche Bundestag die Laufzeitverlängerung nicht zurücknimmt. Danach müssen das wieder die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bezahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist ein Ausverkauf der Demokratie. Sie wollen den Menschen verbieten, sich bei Wahlen anders zu entscheiden, und Sie wollen dem Deutschen Bundestag verbieten, Energiepolitik zu machen. Wer das tut, der entmündigt die Bürger und dieses Parlament.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
LINKEN)

Man kann das ganz konkret machen: Stellen Sie sich vor, dieser Fonds wird von Ihnen eingeführt, Sie haben das Geld bekommen, und im Augenblick zahlen die Energiekonzerne den Kredit ab. Zu diesem Zeitpunkt sagen wir in der Politik: Wir schätzen die Terrorismusgefahr neu ein und wollen die ältesten Atomkraftwerke früher stilllegen, weil sie gegen Angriffe aus der Luft nicht richtig zu schützen sind. Dann wird gesagt: Ja, natürlich dürft ihr das machen. Ihr könnt uns anweisen, sie stillzulegen, aber pro Reaktor und Jahr wollen wir 500 Millionen Euro von euch an den Fonds gezahlt haben. (D)

Ein anderer Fall: Die Atomaufsicht sagt: Wir haben neue Erkenntnisse über den sicheren Betrieb, sodass wir euch jetzt etwas Neues vorschreiben wollen. Ansonsten legen wir die Anlage still. Dann wird gesagt: Ja, ihr dürft sie stilllegen, das kostet euch aber 250 Millionen Euro pro Jahr.

Wenn die **Atomaufsicht** nicht mehr unabhängig arbeitet, sondern vor den finanziellen Konsequenzen ihrer Entscheidungen Angst haben muss, dann haben Sie mit Ihren Tricks an dieser Stelle nicht nur die Demokratie, sondern auch die Sicherheit ausverkauft.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
LINKEN)

Nach mir spricht ja noch Herr Dr. Fuchs, der auch in der Energiepolitik immer sehr vehement bei der Sache ist. Wir haben hier vielleicht die gleichen Emotionen.

Ulrich Kelber

- (A) Sie haben ja die Chance, hier einmal ein paar Dinge klarzustellen:

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Er versteht davon auch ein bisschen mehr als Sie!)

Ist das politisch verbunden? Wie viel Prozent der Zusatzgewinne wollen Sie abschöpfen? – All das können Sie heute hier einmal sagen.

Was mich aber immer am meisten interessiert, ist die Gleichzeitigkeit in Ihrer Energiepolitik. Es geht gar nicht darum, dass im Augenblick gar keine Investitionen getätigt werden, weil alle auf ein immer wieder angekündigtes Energiekonzept warten, von dem ja nur eine Sache feststeht, wenn ich Sie richtig verstanden habe, nämlich die Verlängerung der Atomlaufzeit. Was Sie in dieser Woche machen, ist aber doch spannend: Die Brennelementesteuer wird nur eingeführt, wenn wir ihnen durch eine Laufzeitverlängerung das Vierfache schenken, und die Unterstützung der Solarindustrie wird gekürzt, weil – das wird von CDU/CSU oft mit zittriger Stimme gesagt – dort zweistellige **Renditen** möglich sind.

Wissen Sie eigentlich, dass RWE und Eon in ihren Unternehmenspublikationen ausweisen, dass dort jedes Jahr 15 Prozent Rendite erreicht werden und dass diese beiden Unternehmen zusammen mehr Gewinn machen als alle anderen börsennotierten deutschen Unternehmen zusammen, nämlich 200 Euro pro Kopf der deutschen Bevölkerung? Diese Gewinne fließen dorthin ab – Gewinne, die Sie nicht abschöpfen, sondern erhöhen wollen, während Sie bei den erneuerbaren Energien reingrätchen.

- (B) (Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Ach geh!)

Herr Kauch – ist er noch da? –, Sie hatten ja gesagt, es ist nicht ausgeschlossen, dass die **Einnahmen aus der Brennelementesteuer** für den Ausbau der erneuerbaren Energien ausgegeben werden. Aber der Haushaltsentwurf liegt auf dem Tisch: Die Einnahmen aus der Brennelementesteuer sind darin enthalten, aber die Ausgaben für die erneuerbaren Energien werden in Ihrem Haushalt 2011 gekürzt. Das heißt, Sie erzielen Einnahmen, aber kürzen gleichzeitig die Ausgaben für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Das ist schwarz-gelbe Energiepolitik schwarz auf weiß.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Kelber, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Pfeiffer und dann des Kollegen Kauch?

Ulrich Kelber (SPD):

Aber gerne doch.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Vielleicht lassen wir beide Zwischenfragen nacheinander stellen, und Sie können dann darauf antworten.

Ulrich Kelber (SPD):

Wenn beide stehen bleiben! – Gerne.

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

(C)

Herr Kollege Kelber, Sie haben mehrfach ausgeführt, dass RWE und andere die größten **Eigenkapitalrenditen** haben, die sicherlich zum Teil auf mangelnden Wettbewerb zurückzuführen sind. Darin sind wir uns einig: Wir wollen einen besseren Wettbewerb erreichen.

Die Aussage, dass das die höchsten Renditen sind, ist aber, glaube ich, nicht ganz korrekt. Wenn ich richtig informiert bin – vielleicht können Sie das bestätigen oder auch nicht –, dann hat beispielsweise die Solarworld AG in 2008 nicht eine Eigenkapitalrendite, sondern, wenn ich richtig informiert bin, eine Umsatzrendite – das ist ein kleiner Unterschied – von annähernd 50 Prozent erzielt, und zwar allein aufgrund von Aktivitäten, die durch das EEG und andere Dinge politisch verursacht sind.

(Zuruf von der FDP: Hört! Hört!)

Ist es in der Tat richtig, dass die Solarworld AG beispielsweise Ihnen sechsstellige **Spendenbeträge** überwiesen hat? Dazu muss ich sagen: Das ist dann unerhört. Gibt es dort Zusammenhänge? Oder können Sie das nicht bestätigen? Das ist schon spannend.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr peinlich!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kelber möchte direkt darauf eingehen.

Ulrich Kelber (SPD):

Ja, darauf muss man schon einzeln eingehen. Zunächst einmal: Ich würde mich freuen, wenn ich in der Lage wäre, einen Vergleich von RWE und Eon aus 2009 und entsprechende Zahlen aus 2009 zu nennen. Dann würden Sie nämlich sehen, dass viele der Solarunternehmen bereits ins Minus gerutscht sind.

(Zuruf von der FDP: Aber nicht so lange!)

Fragen Sie einmal Ihre Kollegen aus Sachsen-Anhalt, aus Thüringen und Sachsen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Herr Dr. Pfeiffer, ich finde es schon spannend, dass Sie a) eine Lüge wiederholen und sich b) trauen, sich hier hinzustellen. Erstens. Ich als Person habe keinen Cent Spenden erhalten – Punkt.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Sie als Person!)

– Ja, einen Augenblick. Wir kommen gleich dazu.

Zweitens. Sie als Person weisen auf Ihrer Website aus, dass Sie – von wem auch immer und für welche Beratungsleistung auch immer – persönliche Einnahmen – also für Ihre Nebentätigkeit – in wer weiß welcher Höhe bekommen haben. Ich denke, Sie sind in diesem Parlament einer der Letzten, der sich auf Kolleginnen und Kollegen beziehen sollte, die über das gesetzliche Maß hinausgehend, Herr Hinsken, Spenden an Ortsverbände und Kreisverbände veröffentlichen. Das macht kein einziger Abgeordneter der CDU/CSU. Ich tue dies als einziger Abgeordneter freiwillig. Das sollten Sie sich vielleicht als Beispiel nehmen. Gewöhnen Sie sich an diese Transparenz, dann können wir uns gerne weiter unterhalten. Und nennen Sie endlich einmal die Namen der Un-

Ulrich Kelber

- (A) ternehmen, für die Sie Beratungsleistungen für Ihre private Geldtasche erbringen, Herr Dr. Pfeiffer – vor allem mit Blick auf Ihre Herkunft aus der Energiewirtschaft. Das finde ich wirklich spannend.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt liegt noch eine Wortmeldung des Kollegen Kauch vor, den Sie auch angesprochen haben.

Michael Kauch (FDP):

Lieber Kollege Kelber, Sie haben quasi eine rückwirkende Zwischenfrage gestellt, die ich Ihnen gerne beantworten möchte. Ich habe eindeutig nicht gesagt, dass die Einnahmen aus der Brennelementesteuer in dem Umfang, wie es das BMF jetzt vorlegt, in die erneuerbaren Energien fließen. Ich habe deutlich gemacht, dass es bei einer Laufzeitverlängerung eine zusätzliche Abschöpfung der Gewinne geben muss. Und ich bin der Auffassung, dass diese dann in die erneuerbaren Energien fließen sollen.

Ulrich Kelber (SPD):

Ich würde mich freuen, wenn das nachher die Position von ganz Schwarz-Gelb wäre.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt können Sie zu Ihrem Schlusswort kommen.

Ulrich Kelber (SPD):

- (B) Ich hatte meinen Schlusssatz gesagt, bevor meine Redezeit abgelaufen war. Danach wurden noch zwei Zwischenfragen gestellt. Ich bedanke mich noch einmal. Ich habe am Ende ja das Fazit gezogen, dass der Vergleich im Umgang mit der Solarwirtschaft, der Vergleich im Umgang mit den Stadtwerken in der gleichen Art und Weise, wie man den am besten verdienenden Unternehmen dieses Landes Zusatzgewinne zuschanzen will, ein entsprechendes Licht auf die schwarz-gelbe Energiepolitik wirft. An ihren Zahlen sollt ihr sie erkennen – das wäre an dieser Stelle vielleicht eine schöne Variante.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Pfeiffer, habe ich Ihre Wortmeldung als Antrag auf eine Kurzintervention zu verstehen, oder ist das falsch? – Das ist so. Eine Zwischenfrage können Sie jetzt nicht mehr stellen.

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Ich möchte kurz auf das eingehen, was der Kollege Kelber gesagt hat. Ich bin ihm dankbar, dass er das wiederholt hat, was er schon in einer früheren Plenardebatte angesprochen hat, ohne dass ich die Möglichkeit hatte, darauf einzugehen. Ich musste mich belehren lassen, dass hier alles gesagt werden kann; man kann nicht dafür zur Rechenschaft gezogen werden.

Er hat schon einmal hier behauptet, ich würde die **Energiewirtschaft** beraten – das hat er gerade wiederholt –, und darauf hingewiesen, dass ich aus der Energiewirtschaft komme. Dazu will ich in aller Deutlichkeit sagen, dass ich zwar in der Tat freiberuflich beratend tätig bin, aber zu keiner Zeit in der Vergangenheit oder heute – ich plane es auch nicht für die Zukunft – in irgendeiner Weise beratend oder in sonstiger Art und Weise für die Energiewirtschaft tätig bin. (C)

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Diese Unterstellungen!)

Das möchte ich ein für alle Mal für das Protokoll und auch Herrn Kelber gegenüber öffentlich klarstellen. Insofern bin ich ihm für den Hinweis dankbar.

Ich komme den **Offenlegungspflichten** in vollem Umfang nach, um auch das in aller Deutlichkeit festzustellen. Ich gehe davon aus, dass damit auch dieses Thema erledigt ist.

Wenn Sie daraus eine Befangenheit ableiten wollen, dass jemand vor 20 Jahren in der Energiewirtschaft tätig war, dann kann ich nur antworten: Wenn Sachverstand nicht mehr gewünscht ist, dann führt das zu der Politik, die Sie verantworten, die elektrische Leistung und elektrische Arbeit nicht auseinanderhalten kann. Das ist nicht unsere Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zur Erwidierung Herr Kelber. (D)

Ulrich Kelber (SPD):

Wem es zu heiß ist, der muss aus der Küche herausgehen. Wer anfängt, muss auch eine Antwort aushalten. Ich schlage einfach allen vor, die zuhören: Besuchen Sie die Website von Herrn Dr. Pfeiffer – Sie müssen leider auf die Bundestagswebsite zurückgreifen, weil auf seiner Seite gar nichts steht – und auf meine Website www.kelber.de! Der Unterschied ist: Wenn ich eine Nebentätigkeit ausübe, ist dort ein Name und eine Summe angegeben. Bei Herrn Dr. Pfeiffer steht „Kunde 1“ und „Stufe 3“. Das ist irgendein Betrag über 7 000 Euro. Ich glaube nicht, dass Sie der Richtige sind, um sich hier zu Wort zu melden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt hat als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt der Kollege Dr. Michael Fuchs von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kelber, Lesen bildet. Es wäre sinnvoll, sich die **Verhaltensregeln** des Deutschen Bundestages durchzulesen. Darin ist das, was Sie gerade gesagt haben, exakt aufgeführt. Der

Dr. Michael Fuchs

- (A) Kollege Pfeiffer verhält sich exakt so, wie es im Deutschen Bundestag vorgeschrieben ist.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ich mache nur einfach mehr!)

Man kann ihm schlecht vorwerfen, dass er sich an die Vorschriften hält.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Sie verhindern Transparenz! Das ist ja unglaublich!)

Der nächste Punkt: Sie sollten hier auch sagen – das mache ich für Sie –, dass Sie Ihren gesamten **Wahlkampf** durch Herrn Asbeck und die Firma Solarworld finanzieren lassen, der Ihre Kreispartei massivst unterstützt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Aber kommen wir zur Sache: Ja, wir führen eine Brennelementesteuer ein. Ja, wir werden auch die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern. Allerdings zeichnet sich eine bürgerliche Koalition im Vergleich zu einer linken dadurch aus, dass sie den Unternehmen bei verbindlich getroffenen Vereinbarungen **Verlässlichkeit** bietet.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bürgerliche Koalition? Das ist ja lächerlich! Sie wissen gar nicht, was der Begriff „bürgerlich“ bedeutet!)

- (B) Wirtschaftspolitische Vernunft wird von Bürgern und der Wirtschaft außerordentlich geschätzt. Deshalb wurden wir gewählt und nicht Sie.

In der **Ausstiegvereinbarung** vom 14. Juni 2000 wurde zwischen der Bundesregierung und den Kraftwerksbetreibern vereinbart, dass ihnen im Gegenzug zu den verkürzten Laufzeiten keine zusätzlichen Belastungen aufgebürdet werden können. Eine Brennelementesteuer unabhängig von einer Laufzeitverlängerung ist durch Ihr Handeln nicht möglich.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen die ganze Vereinbarung killen!)

Sie fordern quasi dazu auf, eine Vereinbarung, die Sie selbst getroffen haben, zu brechen. Das ist nicht unsere Politik. So etwas tun wir nicht.

Dass Sie sich von Schröder distanzieren, kann ich verstehen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das heißt „von Herrn Bundeskanzler“!)

Das haben Sie schon mehrfach gemacht. Dass Sie sich jetzt aber auch noch von Ihrem grünen Fraktionsvorsitzenden distanzieren – denn er hat das Ganze mit unterschrieben –, wie Sie es jetzt getan haben, kann ich nicht verstehen. Wahrscheinlich ist er nicht anwesend, weil er sich für Sie schämt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: (C)
Herr Kollege Fuchs, mir liegen mehrere Bitten um Zwischenfragen vor.

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):
Nein, wir haben heute genug gehört.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Danke.

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):
In der Unionsfraktion gibt es keinen Zweifel daran, dass die Einführung einer Brennelementesteuer ausschließlich im Zusammenhang mit einer Laufzeitverlängerung gesehen werden muss. Durch Ihr Handeln sind wir dazu gezwungen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Darüber hinaus zitiere ich aus unserem Koalitionsvertrag. Darin heißt es wörtlich:

Der wesentliche Teil der zusätzlich generierten Gewinne aus der Laufzeitverlängerung der Kernenergie soll von der öffentlichen Hand vereinnahmt werden. Mit diesen Einnahmen wollen wir auch eine zukunftsfähige und nachhaltige Energieversorgung und -nutzung, z. B die Erforschung von Speichertechnologien

– damit haben Sie sich nie beschäftigt –

für erneuerbare Energien, oder stärkere Energieeffizienz fördern. (D)

Genau deswegen werden wir das so machen. Ich weiß, dass es Ihnen schwerfällt, zu begreifen, dass wir heute noch nicht aus der Kernenergie aussteigen wollen. Ich will Ihnen einfach einige Zahlen nennen. Wissen Sie, wie viele Stunden ein Jahr hat? 8 760. Kennen Sie die durchschnittliche **Wirkungszeit** einer Solarzelle in Deutschland? 940 Stunden. Sie können also 10,7 Prozent des Jahres mit Solarstrom abdecken.

(Ulrich Kelber [SPD]: Aua! Leistung und Arbeit sollten Sie auch mal verstehen!)

Kennen Sie die **Ausnutzungsdauer** von Onshorewindanlagen? 1 560 Stunden. Das sind 17,8 Prozent. Bei Offshoreanlagen sieht es ein bisschen besser aus. Da beträgt sie 3 000 Stunden; das entspricht 34,2 Prozent. Das zeigt ganz deutlich, dass wir bis heute keine Möglichkeit haben, auf die Grundlastzeugung durch andere Energien zu setzen. Welche Grundlastversorgung haben wir? Wir haben fossile Energien,

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist sehr ideologisch, Herr Kollege!)

wir haben in ganz kleinem Maße Biomasse – das liegt unter 1 Prozent –, und wir haben Kernkraft. Kernkraft deckt momentan 23 Prozent unseres gesamten Strombedarfs, aber 48 Prozent unserer Grundlast. Was passiert dann, wenn wir die Kernkraftwerke abschalten? Dann bleibt uns nichts anderes übrig – Frau Höhn, das

Dr. Michael Fuchs

- (A) sollten Sie wirklich irgendwann einmal lernen –, als fossile Energieträger zu nutzen, um die Lücke, die wir dann haben, auszufüllen.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist einfach falsch!)

Wir sind eben nicht in der Lage, vernünftige **Speichertechnologien** zu entwickeln. Wir haben sie bislang noch nicht. Wir haben weder Wasserspeicher noch Druckluftspeicher in ausreichendem Maße. Mir geht es um eines – das hat der Kollege Steffel vollkommen richtig gesagt –, nämlich dass wir verlässlich preiswerte Energie in Deutschland zur Verfügung stellen. Die Zeitung *Photon* ist kein Parteiblatt der CDU. Darin steht, dass allein durch den Zubau an Solaranlagen in diesem Jahr – das haben Sie zu verantworten – der **Strompreis** im nächsten Jahr um bis zu 12 Prozent steigen wird. Dabei sind Windanlagen noch gar nicht berücksichtigt. Die kommen noch hinzu. Ich sehe noch kommen, dass wir hier demnächst darüber diskutieren, ob wir wegen der steigenden Ökokosten Sozialtarife für den Strombezug einführen sollen.

Ich will nicht, dass in Deutschland die großen Industrien – Stahl, Glas, Textil etc. – aufgeben müssen, weil sie aufgrund zu hoher Stromkosten hier nicht mehr arbeiten können. Ich will nicht, dass die Preise so aus dem Ruder laufen, dass wir in Deutschland bestimmte Industrien nicht mehr halten können. Für mich ist Deutschland nach wie vor ein **Industrieland**. Dafür werde ich mich einsetzen, dafür kämpfe ich.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte nicht, dass Deutschland ein Land wird, dessen Bruttoinlandsprodukt zu 75 Prozent von der Finanzbranche und der Dienstleistungsbranche abhängig ist. Die zentralen Bereiche der Industrie müssen hier erhalten werden. Dafür müssen wir alle uns einsetzen.

Schauen Sie sich **England** an. Ungefähr 27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in England – ich weiß nicht, ob Ihnen diese Zahl bekannt ist – werden in der City of London erzeugt – mit all den Problemen, die die Engländer jetzt haben: 12 Prozent Verschuldung etc. Wir sind auf einem wesentlich besseren Weg. Die Industrie läuft hier wieder, die Industrie erlebt richtige Boomzeiten. Haben Sie mitbekommen, dass der Auftragseingang im Maschinen- und Anlagenbau um 60 Prozent im Mai 2010 gegenüber dem Vorjahresmonat gewachsen ist? Das sind positive Zahlen. Die Entwicklung wird sich sehr schnell auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Darüber sind wir froh. Genau das wollen wir.

Lassen Sie mich noch einen Satz zum **Abschalten der Kernkraftwerke** sagen. Würden wir die jetzt komplett abschalten, dann würde das bedeuten, dass wir rund 150 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich produzieren würden, weil wir die Differenz – ich habe eben versucht, Ihnen das zu erklären – mit fossiler Energie überbrücken müssten. Wissen Sie, Frau Höhn, wie viel 150 Millionen Tonnen CO₂ sind?

- (Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: (C)
Ich bin Mathematikerin!)

Das entspricht dem Ausstoß des gesamten deutschen Straßenverkehrs. Dies müssten wir in Kauf nehmen, wenn wir alle Kernkraftwerke ersetzen. Anders ist das nicht zu machen. Das sollten Sie wissen.

- (Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Sie bauen einen Popanz auf, den es gar nicht gibt, Herr Fuchs!)

Deswegen werden wir die Kernkraftwerkslaufzeiten verlängern und eine Brennelementesteuer einführen, weil es gerecht ist, den Profit, der durch die Verlängerung der Laufzeiten entsteht, abzuschöpfen. Das ist unser Ziel.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Mir liegen zwei Meldungen zu Kurzinterventionen vor. Weitere Kurzinterventionen lasse ich allerdings nicht mehr zu.

Zunächst hat der Kollege Ulrich Kelber das Wort.

Ulrich Kelber (SPD):

Es bleibt dabei: Wer Vorwürfe macht, muss sich die Antwort anhören. – Die Zahlen, die Herr Dr. Fuchs in Hilfestellung für Herrn Dr. Pfeiffer genannt hat, sind deswegen bekannt, weil sie auf der Webseite der Bonner SPD seit drei Jahren freiwillig – über jedes gesetzlich notwendige Maß hinaus – stehen. (D)

- (Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Spenden über 20 000 Euro müssen veröffentlicht werden!)

Welche Spenden an den CDU-Kreisverband Koblenz von Herrn Dr. Fuchs gegangen sind und welche Spenden an den CDU-Kreisverband Waiblingen von Herrn Dr. Pfeiffer gegangen sind, wird auf den entsprechenden Webseiten hingegen nicht veröffentlicht. Bei uns kann sich das jeder anschauen.

(Zurufe von der CDU/CSU)

– Das müssen Sie sich jetzt schon anhören.

Es weiß auch niemand, wie viel Geld vom Bonner Unternehmen Solarworld gezahlt wurde. Seit der Renta-Rüttgers-Affäre ist bekannt, dass von Solarworld über die sogenannten Zukunftskongresse Geld an die NRW-CDU geflossen ist. Wann und wie viel, ist auf der Webseite der NRW-CDU nicht nachzulesen. Seit dieser Affäre weiß man auch, dass die Firma Solarworld der FDP und Herrn Westerwelle Geld gegeben hat. Das finde ich völlig in Ordnung; denn auch er ist ein Bonner Abgeordneter. Wie viel, können Sie bei der FDP nicht nachlesen.

Das ist der entscheidende Unterschied. Es ist einfach peinlich, wenn die Intransparenten die Transparenten wegen angeblich mangelnder Transparenz angreifen.

- (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

(A) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**
Zur Erwiderung, Herr Fuchs.

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Herr Kollege, man sollte vielleicht das Parteienfinanzierungsgesetz kennen, wenn man in diesem Hohen Hause arbeiten darf.

(Ulrich Kelber [SPD]: So ist es!)

Ich halte das schon für notwendig. Sie sind nämlich veröffentlichungspflichtig. Wenn ein Kreisverband eine Spende über 10 000 Euro erhält, muss das veröffentlicht werden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Nein! Was Sie sagen, ist falsch!)

– Bitte schön, das können Sie beim Bundestagspräsidenten nachschauen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Mit zwei Jahren Verspätung in der Sammelübersicht!)

Das ist veröffentlichungspflichtig.

An meinen Kreisverband hat es nicht eine Spende über 10 000 Euro gegeben.

Bitte sagen Sie uns dann auch – wir können es auch nachschauen –, wie viele Spenden Sie von Solarworld bekommen haben.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das steht auf der Webseite!)

(B) Das würde Ehrlichkeit bedeuten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Herr Fuchs, Sie sagen die Unwahrheit, und Sie wissen es!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zwar könnte ich Auskunft geben, weil ich darüber gut Bescheid weiß. Ich bin aber gehalten, mich hier neutral zu verhalten,

(Ulrich Kelber [SPD]: Nach zwei Jahren in der Sammelübersicht der Bundespartei! Das ist der Unterschied!)

keine Meinung zu äußern und auch keine Fachaufklärung zu leisten. Alle Spenden eines Spenders müssen aber – unabhängig davon, an wie viele Untergliederungen einer Partei sie gehen – öffentlich berichtet werden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Als Sammelübersicht!)

– Nein, sie müssen im Rechenschaftsbericht öffentlich berichtet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jetzt kommt eine weitere Kurzintervention der Kollegin Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Dr. Fuchs, bei meiner Kurzintervention geht es nicht um Spenden, sondern um den Vertrag zum Atom-

konsens, den Sie vorhin zitiert haben. In der Tat steht in diesem Vertrag zwischen den Betreibern und der damaligen rot-grünen Bundesregierung, dass keine einseitig diskriminierenden Maßnahmen getroffen werden sollen, wozu auch Steuern gehören, die die Atomkraft einseitig belasten. (C)

Wie wir heute mehrfach gehört haben – auch Sie haben es gehört, Herr Dr. Fuchs –, stehen wir inzwischen vor neuen Fakten. Mittlerweile sieht die Situation so aus, dass die Atomwirtschaft seit dem Emissionshandel de facto einseitig privilegiert ist. Wenn man denn wollte, könnte die Argumentation also wie folgt lauten: Dieses einseitige Privileg wird aufgehoben.

Mir geht es in meiner Kurzintervention aber um etwas anderes. Sie haben sich hier der Klage der Atomwirtschaft angeschlossen und gesagt, das sei in der Tat ungerecht; wir würden mit unseren Anträgen jetzt den Vertrag brechen, den wir damals selbst unterschrieben hätten.

Herr Dr. Fuchs, ist Ihnen bekannt, womit dieser Vertrag beginnt? In seiner Einleitung steht der Satz:

Beide Seiten werden ihren Teil dazu beitragen, dass der Inhalt dieser Vereinbarung dauerhaft umgesetzt wird.

Stimmen Sie mit mir überein, dass die Atomwirtschaft diesen Vertrag nicht einhält?

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Fuchs zur Erwiderung. (D)

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Wir bringen in unserem Koalitionsvertrag klar zum Ausdruck – ich habe eben daraus zitiert –, dass wir die Laufzeiten verlängern wollen. Das ist eine politische Entscheidung der christlich-liberalen Koalition. Dazu stehen wir auch.

Sie müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass nach dem von Ihnen ausgehandelten Vertrag zum sogenannten Atomkonsens die von Ihnen angestrebte Behandlung eben nicht möglich ist. Das ist eine technische Frage; man bricht diesen Vertrag ja nicht. Die Verlängerung der Laufzeiten ist eine politische Entscheidung der christlich-liberalen Koalition. Also können wir mit den Atomkraftwerksbetreibern durchaus einen neuen Vertrag vereinbaren; schließlich tun wir damit nichts Schädigendes – anders als Sie damals.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Glückwunsch zur Logik!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/2410 und 17/2425 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.